

Ein Gutachten bringt Mappus in Bedrängnis

Der Ex-Ministerpräsident soll beim EnBW-Deal rund 780 Millionen Euro zu viel bezahlt haben



Skeptischer Blick: Im März 2012 und im Juni 2013 rechtfertigt Stefan Mappus vor dem EnBW-Untersuchungsausschuss das Milliardengeschäft – nun aber gibt es neue Zweifel am Kaufpreis

Foto: dpa

Die Aufklärung des EnBW-Deals geht in die entscheidende Phase. Ein Gutachten des Münchner Finanzwissenschaftlers Wolfgang Ballwieser rückt das Geschäft von Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus in ein denkbar schlechtes Licht. Was bisher geschah und wie es weitergeht.

VON FRANK KRAUSE

Worum geht es beim EnBW-Deal?

Der damalige Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) kaufte im Herbst 2010 binnen weniger Tage dem französischen Energiekonzern EDF den 45-Prozent-Anteil an der EnBW ab. Der Preis für das Aktienpaket lag bei 4,7 Milliarden Euro. Mappus sagte zur Begründung, er habe verhindern wollen, dass die verkaufsbereite EDF den Anteil an einen anderen ausländischen Investor abgibt. Der Deal lief geheim unter dem Codewort „Olympia“. Um, wie von den Franzosen gefordert, eine Abstimmung im Landtag zu umgehen, zog Mappus sogar das sogenannte Notbewilligungsrecht. Es ist sonst nur für Ausnahmefälle wie Naturkatastrophen vorgesehen. Der Staatsgerichtshof verurteilte die Nichtbeteiligung des Landtags später als verfassungswidrig. Um die Hintergründe des Milliarden-Deals zu erfahren, setzte der Landtag den EnBW-Untersuchungsausschuss ein, der erstmals im Dezember 2011 tagte und bis heute nicht abgeschlossen ist.

Welche Konsequenzen gibt es bislang?

Im Juli 2012 eröffnete die Staatsanwaltschaft Stuttgart ein Ermittlungsverfahren gegen Mappus wegen des Verdachts der Untreue. In der Folge begannen auch Ermittlungen gegen den ehemaligen Finanzminister Willi Stächele und den damaligen Staatsminister Helmut Rau (beide CDU) wegen Beteiligung am Deal. Auch gegen Dirk Notheis, damals Chef der Investmentbank Morgan Stanley, wird ermittelt. Der Mappus-Freund ist die Schlüsselfigur, weil er das Geheimgeschäft organisierte und zur

Schaltstelle zwischen Mappus und der Stuttgarter Anwaltskanzlei Gleiss Lutz wurde. Sie beriet Mappus und hatte Ende 2010 keine Bedenken geäußert, das Geschäft ohne Landtagsbeteiligung umzusetzen.

Welche Gutachten gab es bisher?

Inzwischen gibt es zahlreiche Untersuchungen zum EnBW-Deal. Der Rechnungshof des Landes rügte die Vorgehensweise von Mappus und warf ihm vor, er habe gegen die Grundsätze der Landeshaushaltsordnung verstoßen. Ein Gutachten im Auftrag der Landesregierung kam zu dem Ergebnis, Mappus habe sich eine „überbeuerte Transaktion“ geleistet – mutmaßlich, so Grün-Rot, um kurz vor der Landtagswahl 2011 einen politischen Erfolg zu erzielen. Auch ein Gutachten im Auftrag von CDU und FDP analysierte, der Kaufpreis sei seinerzeit nicht sorgfältig genug ermittelt worden, letztendlich sei der Preis von 41,50 Euro pro EnBW-Aktie aber im Rahmen gewesen. Genau das bestreitet nun aber der Münchner Finanzwissenschaftler Wolfgang Ballwieser. Er hat in den vergangenen Monaten im Auftrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart das Geschäft untersucht. Die zwei zentralen Aussagen seines 70-seitigen Gutachtens: Zum einen habe die EnBW damals in ihrer Unternehmensplanung eine viel zu optimistische Strompreisentwicklung zugrunde gelegt. Zum anderen sei der Wert der EnBW zum Zeitpunkt des Geschäfts (also am 6. Dezember 2010) bei 34,58 Euro pro Aktie gestanden, das Land habe aber 41,50 Euro bezahlt. Mappus habe also rund 780 Millionen Euro zu viel Steuergelder an die EDF nach Paris überwiesen.

Was sagt das Gegengutachten aus?

Kaum ist die Expertise von Ballwieser – die von der Staatsanwaltschaft noch als geheim eingestuft wird – am Donnerstag beim Untersuchungsausschuss, legen die Anwälte von Notheis ein Gegengutachten von Henner Schierenbeck, Wirtschaftswissenschaftler an der Uni Basel, vor. Das Ballwieser-Gutachten sei „einseitig, fehlerhaft und methodisch unzureichend“, heißt es. Schierenbeck

verweist auf fünf unterschiedliche Analysemodelle, mit denen er den EnBW-Deal nochmals untersucht habe. Sein Ergebnis: Der EnBW-Wert habe am Tag des EnBW-Deals zwischen 40,73 und 67,73 Euro pro Aktie gelegen. Soll heißen: Mappus hat mit 41,50 Euro einen guten Preis ausgehandelt.

Wie sehen die juristischen Konsequenzen aus?

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart sagt am Donnerstag, ein Ende der Ermittlungen gegen Mappus und Co. sei völlig offen. Man werde das Ballwieser-Gutachten „in den nächsten Wochen auswerten und dann in die strafrechtliche Beurteilung einbeziehen“. Zudem werden noch Akten aus Frankreich erwartet. Soll heißen: In einigen Wochen, vielleicht auch erst Monaten wird entschieden, ob Anklage gegen Mappus und die anderen Beteiligten wegen des Straftatbestands der Untreue erhoben wird. Die dafür entscheidende Frage wird sein: Hat Mappus bei dem Deal einen Schaden in Kauf genommen? Er selbst hat stets beteuert, im Interesse des Landes gehandelt zu haben. Unabhängig davon hält Grün-Rot an der Klage vor dem Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Paris fest. Das Land will von der EDF rund 834 Millionen Euro vom Kaufpreis zurück. „Wir sind den Steuerzahlern in Baden-Württemberg schuldig, das zu viel bezahlte Geld zurückzuholen“, sagt Finanzminister Nils Schmid (SPD).

Welche Reaktionen gibt es?

„Herr Mappus hat 780 Millionen Euro zu viel bezahlt. Das bestätigt unsere Vermutungen vom überhöhten Kaufpreis in vollem Umfang“, sagt Uli Sckerl (Grüne) und folgert: „Das Gutachten trägt nicht zur Entlastung von Herrn Mappus bei.“ Sascha Binder (SPD) giftet, das Gutachten zeige, „dass die CDU nicht mit Geld umgehen kann“. Mit den von Mappus zu viel bezahlten Steuergeldern könne man ein Jahr 14 000 Lehrerstellen oder 123 Straßenbaumaßnahmen im Land finanzieren. „Die CDU hat mit dem Deal dem Land schweren Schaden zugefügt.“ Und was sagt die CDU? Alexander Throm räumt ein, man sei „bestürzt vom Ergebnis des Gutachtens“. Es stelle sich die Frage, „wie verlässlich die Angaben der EDF zum Wert der EnBW damals waren“. Nun bestehe „dringender Erklärungsbedarf“ bei Morgan Stanley und Gleiss Lutz. „Ich sehe sie in der Verantwortung, und das werden wir einfordern.“ Im Klartext: Wenn die Experten den Ministerpräsidenten falsch beraten haben, „kommt eine Zivilklage wegen Pflichtverletzung infrage“. Mappus selbst hält seinen Unmut am Donnerstag erst einmal in Grenzen. Man nehme das Ballwieser-Gutachten „mit Erstaunen und Befremden zur Kenntnis“, teilen seine Anwälte mit. „In einer Reihe von Punkten“, so betonen sie bitterböse, „wird es den Anforderungen an ein neutrales Gutachten nicht gerecht.“

Morde, die niemand bemerkte

Konstanzer gesteht die Tötung von zwei Frauen

KONSTANZ (dpa). Er soll zwei Frauen getötet haben – doch die Fälle wären beinahe zu den Akten gelegt worden: Ein 33-Jähriger steht seit Donnerstag wegen Mordes vor dem Landgericht in Konstanz.

Der Mann sei eigentlich wegen Vergewaltigungsvorwürfen in anderer Sache vernommen worden, hieß es beim Gericht. Dabei habe er von sich aus auch die Tötung der beiden Frauen gestanden. Zwar widerrief er die Aussage später – zum Prozess kam es aber trotzdem.

Im Januar 2012 soll der Angeklagte laut Staatsanwaltschaft seine 70 Jahre alte Nachbarin mit einer Plastiktüte erstickt haben. Anschließend habe er die Frau über den Flur in ihre eigene Wohnung geschleift und in ihr Bett gelegt. Dort wurde sie wenige Tage später gefunden. Da die 70-Jährige schwer krank gewesen war, sei man zunächst von einem natürlichen Tod ausgegangen.

Im Juli desselben Jahres soll der in Konstanz wohnende Mann dann seine 50-jährige Freundin nach einem Streit so lange in der Badewanne unter Wasser gedrückt haben, bis sie ertrank. Er habe ihre Vorwürfe und ihr Geschrei nicht mehr ertragen, sagte die Staatsanwältin.

Aber auch die Liste der weiteren Vorwürfe gegen den 33-Jährigen ist lang: Im Februar 2013 habe er seine damalige Freundin mehrfach vergewaltigt und körperlich schwer misshandelt, heißt es in der Anklage. Eine Bekannte, die später zu Besuch kam, habe er ebenfalls vergewaltigt und misshandelt. Zudem seien auf der Computerfestplatte des Mannes mindestens 500 tier- und kinderpornografische Bilder gefunden worden. Er sitzt seit Februar 2013 in Untersuchungshaft.

Konstanz bremst Schweizer Schüler aus

STUTTGART (lsw). Kinder mit Wohnsitz in der Schweiz dürfen in Konstanz nur noch eingeschränkt an städtischen Grundschulen lernen. Der Gemeinderat stimmte am Donnerstagabend einem entsprechenden Antrag zu. Demnach sollen die Plätze vom Schuljahr 2014/2015 an zunächst an Schüler aus Baden-Württemberg vergeben werden. Wenn dann noch Kapazitäten frei sind, können diese auch von Kindern aus der Schweiz in Anspruch genommen werden. Ursprünglich hatte die Verwaltung sogar dafür plädiert, gar keine Kinder mit Schweizer Wohnsitz mehr an städtischen Grundschulen aufzunehmen.

Dem Wald geht es besser

Forstminister Bonde legt Schadensbericht vor

STUTTGART (gru). Vom Sterbebett auf die Intensivstation: In den 1980er-Jahren lag der „Patient“ Wald nach Darstellung vieler Experten in seinen letzten Zügen. Mittlerweile geht es zumindest den Beständen in Baden-Württemberg etwas besser. Das ist unter dem Strich das Ergebnis des Waldzustandsberichtes 2013, den Forstminister Alexander Bonde (Grüne) am Donnerstag der Öffentlichkeit vorgestellt hat.

Auf knapp 40 Prozent der Landesfläche stehen Bäume. Das entspricht rund 1,4 Millionen Hektar – oder gut zwei Millionen Fußballfelder. „Der Anteil der Waldfläche, der als deutlich geschädigt einzustufen ist, hat abgenommen“, sagte Bonde. Im Vergleich zu 2012 fiel der Wert um einen Prozentpunkt auf 35 Prozent. Als Gründe nannte der Minister die kalte und feuchte Witterung zu Jahresbeginn. Zudem habe der Schädlingsbefall abgenommen.

Noch erfreulicher gestaltete sich für Bonde der Blick auf eine andere Statistik: Ein Drittel der Bäume stand bei der jüngsten Erhebung völlig gesund dar – ein Plus von sieben Prozentpunkten. Im Vorjahr waren es lediglich 26 Prozent gewesen.

Auch der mittlere Nadel- und Blattverlust verringerte sich auf 22,1 Prozent (minus 1,5 Prozentpunkte). Der Wert gibt an, wie viel ihrer natürlichen Nadel- oder Blattmasse Bäume durchschnittlich verlieren. „Dies stellt zugleich den zweitbesten Wert in den vergangenen zehn Jahren dar“, merkte Bon-

de an. Und ergänzte: „Damit setzt sich die positive Tendenz zur Verbesserung des Waldzustandes weiter fort.“ Als eine Ursache hierfür nannte der Forstminister die „beharrliche Luftreinhaltspolitik“. Zudem werde der Wald naturnah bewirtschaftet. Außerdem helfe es, die Waldböden zu kalcken. Dadurch werde der Säuregehalt gesenkt, so Bonde – die Bäume bekämen wieder ausreichend Nährstoffe. Außerdem helfe die wachsende Zahl an Rauchgasentschwefelungsanlagen zusätzlich, so der Minister. „Zudem hat die Landwirtschaft den Einsatz von stickstoffhaltigen Düngern verringert“, lobte er.

Bei genauerer Betrachtung einzelner Baumarten offenbarte sich allerdings ein gemischtes Bild. „Der Gesundheitszustand von Fichte und Eiche hat sich verbessert“, stellte Bonde fest. Der Kronenzustand der Tanne zumindest hat sich in den vergangenen 15 Jahren nicht verschlechtert. Sorgenkind aber bleibt die Buche: Spätfrostschäden und Insekten haben den Laubbäumen stark zugesetzt.

Trotz der vereinzelt guten Nachrichten will Bonde keine Entwarnung geben: „Nach wie vor ist ein Drittel der Waldfläche in Baden-Württemberg stark geschädigt.“ Außerdem nähmen extreme Wetterlagen wie etwa verlängerte Dürre- oder Kälteperioden zu und belasteten die Wälder dauerhaft. Bondes Lösungsvorschlag: „Zukünftig stärker auf klimastabilere Mischwälder setzen.“

EINE LIEBESERKLÄRUNG FÜR DIE EWIGKEIT:

PROMISE BY KIM



STUTTGART, KÖNIGSTRASSE 41, T 0711.223 80 90

AN DEN BESTEN ADRESSEN DEUTSCHLANDS UND IN LONDON, PARIS, MADRID, WIEN, NEW YORK UND PEKING. WWW.WEMPE.DE

BY KIM Besiegeln Sie große Gefühle mit einem brillanten Zeichen. Die Solitaire Ringe Promise BY KIM erhalten Sie ab €998. Gerhard D. Wempe KG, Steinstraße 23, 20095 Hamburg